Die Linke
Kreisverband Krefeld

Kommunalwahl 2025

Die Linke für Krefeld

Die Linke für Krefeld 1
Vorbemerkung 2
Rettet die Kommune(n)! 4
Armut in Krefeld bekämpfen 5
Kommunale Wirtschaft mit sozialem Konzept und regionaler Weitsicht – Eigentum zurückholen, Kontrolle erkämpfen 6
Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 7
Arbeit demokratisieren. Kollektivbetriebe und kommunale Allmende stärken 10
Weiterbildung 10
Stadtentwicklung und Planung 11
Wohnen 12
Kinder und Jugendliche 13
Schulpolitik – Möglichkeiten der Kommune 14
Altern in Würde und sozialer Sicherheit 15
Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit 16
Humane Drogen- und Gesundheitspolitik 17
Unterstützung für psychisch kranke Menschen 18
Klima- und Umweltschutz 19
Mobilität 21
Autofreie Innenstadt und Parkraumkonzept 21

Schienenverkehr und ÖPNV 22
Rad- und Fußgängerverkehr 22
Antifaschismus 23
Ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Krefeld 24
Barrierefreiheit ausbauen – konkrete Schritte für eine inklusive Stadt 25
Kommunale Finanzen 26
Gewerbesteuereinnahmen und -prüfung 26
Sparkassengewinnausschüttung 27
Parkgebühren 27
Sport und Kultur 27
Tierschutz 29
Impressum 30

Vorbemerkung

Wir können diese Stadt verändern! Krefeld gehört uns allen!

Wir wollen, dass Menschen in jedem Ort besser leben können, und sind daher für "Eine Stadt für Alle", denn soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Gerade in der Kommune, die den Menschen politisch am Nächsten ist, bietet sich die Möglichkeit direkt demokratisch und politisch Einfluss zu nehmen und Dinge zu verändern oder umzusetzen.

Die Linke Krefeld steht für Demokratisierung und Rekommunalisierung. Wir möchten den öffentlichen Raum, den öffentlichen Sektor für alle gewinnen, die in Krefeld leben. Die Stadt gehört ihren Bürger*innen. Ein friedliches Miteinander basiert auf sozialer und kultureller Vielfalt und der Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen, barrierefrei und für alle erreichbar. Mit Verweis auf unsere Verantwortung Flüchtenden gegenüber setzen wir uns in Krefeld immer wieder für einen humanen Umgang mit geflüchteten Menschen und Schutzsuchenden ein und machen uns gemeinsam mit der *SEEBRÜCKE* für offene Grenzen stark.

Die Linke Krefeld steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und Gemeinschaft, in der alle die Möglichkeit haben, ein eigenständiges Leben in Würde zu führen. Herkunft, Alter, Geschlecht, Hautfarbe sind eine Bereicherung unserer kulturellen Vielfalt und kein Hemmnis.

Wir stehen für ein neues Modell der Gesellschaft, ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. Wir brauchen Kommunen, in denen die soziale Gerechtigkeit an erster Stelle steht. Wir brauchen Kommunen, in denen alle die Möglichkeit haben, sich aktiv an der demokratischen Willensbildung zu beteiligen, beispielsweise durch

Bürgerentscheide, durch die direkte Beteiligung der Betroffenen an Planungs- und Entscheidungsprozessen.

Die Linke Krefeld unterstützt den Protest der Krefelder Bevölkerung – im Rat und auf der Straße – gegen Sozialabbau, Verdrängung und Ausgrenzung. Wir stehen konsequent an der Seite derer, die sich wehren – für eine gerechte Stadt, in der soziale Belange Vorrang vor Profitinteressen haben.

Daher wollen wir weiterhin eine wirklich soziale Politik in Krefeld durchsetzen. Wir arbeiten hierfür gemeinsam mit allen sozial engagierten Bürger*innen, Bündnissen (Bündnis „Krefeld für Toleranz und Demokratie“, Sozialbündnis) und Organisationen. Wir wissen, unsere Ziele können wir nur gemeinsam mit starken Kräften in Krefeld für Sozialaufbau, Ökologie und Gleichberechtigung erreichen – und es gibt sehr viel zu tun.

Die globale Krise des 21. Jahrhunderts ist die Klima- und Umweltkrise – sie ist dramatisch und langfristig. Die ökologische Krise ist menschheitsbedrohend, sie kann aber nicht unabhängig von sozialer Gerechtigkeit gelöst werden. Gutes Leben ist nur mit der Verbindung beider Elemente möglich. Unsere Politik ist daher auch in der Kommune konsequent sozialökologisch. Eine Kommune nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein, denn in der Stadt – hier vor Ort – werden die Auswirkungen politischen Handelns als erstes erlebbar. Veränderungen können hier schnell und sichtbar im Alltag umgesetzt werden, wenn der politische Wille zum Handeln da ist.

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Rettet die Kommune(n)!

Die Stadt Krefeld wird von Land und vor allem vom Bund grundsätzlich unterfinanziert, dies geht allen Kommunen in NRW so. Von 396 Kommunen in NRW erreichen nur 15 einen ausgeglichenen Haushalt.

Die letzten Bundesregierungen haben den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, zur Finanzierung dieser Aufgaben erhalten die Kommunen aber viel zu wenig finanzielle Mittel. Krefelds Kämmerer (sozusagen Krefelds Finanzminister) klagt seit Jahren über diesen Missstand.

Die Kürzungen für soziale Einrichtungen durch die Landesregierung NRW in 2025 erschweren die Lage, denn diese betreffen viele kommunale Beratungs- und Hilfsangebote der Wohlfahrtsverbände.

Nach guten Jahren erwartet auch Krefeld für 2025 ein Haushaltsloch von über 130 Millionen Euro, die Prognosen für die nächsten Jahre sehen ähnlich schlecht aus.

Krefeld KÖNNTE nun versuchen, durch Ausgaben- und Leistungsstreichungen im kommunalen Haushalt und bei den kommunalen Leistungen das Haushaltsdefizit zu verkleinern. Dies kann aber nur im geringen Maße gelingen. Dennoch planen alle Krefelder Ratsfraktionen einen „Sparkurs“, um dem Zwang einer „Haushaltssicherung“ durch die Bezirksregierung Düsseldorf zu entgehen. Die Folgen der angedachten Kürzungen wären aber für die Krefelder Bevölkerung sehr negativ. Durch die geplanten Kürzungen würden die Leistungen der Stadt für die Bürger*innen deutlich verschlechtert, allein der Personalabbau in der Verwaltung wird Wartezeiten verlängern und Beratungen verschlechtern. Die „freiwilligen“ Zuschüsse an soziale Beratungsstellen (Arbeitslosenzentrum Krefeld, Schuldnerberatungen, Flüchtlingsrat) sind in Gefahr, schon ihre Reduzierung wird die Existenz mehrerer Beratungsstellen bedrohen. Auch Kultur- und Jugendarbeit sind in Gefahr.

Vertreter der städtischen Beschäftigten beklagten im Mai 2025 öffentlich verschlechterte Arbeitsbedingungen in der Kommunalverwaltung durch die bereits vom Oberbürgermeister angeordnete 30-prozentige Haushaltssperre bei Sachausgaben. Die beschlossene Wiederbesetzungssperre für jeweils ein halbes Jahr macht Angst vor Personalmangel.

WENN die Kommunen keine Hilfe von Land und Bund erhalten, ist die kommunale Daseinsvorsorge dem Niedergang geweiht, Armut, Elend und Gewalt werden in Krefeld und den anderen Kommunen in NRW wachsen. Das finanzielle Aushungern der Kommunen zerstört auf Dauer das Leben der Menschen vor Ort.

Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten!

Die Linke Krefeld lehnt die geplanten Kürzungen daher ab und fordert: Rettet die Kommune(n)!

Die Linke hat im Rat und den Fachausschüssen alle Beschlüsse zur Kürzungen der kommunalen Leistungen und zum Personalabbau abgelehnt, dies werden wir beibehalten! Doch dies reicht nicht...

Der Aufbau einer Protestbewegung aus den Kommunen, eines effektiven Widerstands gegen die Kürzungszwänge durch die Bezirksregierung und die Landesregierung drängt. Die Städte und Gemeinden in NRW müssen Druck auf die Landesregierung machen, Brandbriefe der Oberbürgermeister reichen nicht. Die Linke Krefeld hat in den letzten Jahren mehrmals die Mitglieder des Krefelder Rates aufgefordert, interkommunalen effektiven Protest aufzubauen.

Für die Rettung der Kommunen muss demonstriert und sich gewehrt werden. Statt Kürzungen im vorauseilendem Gehorsam - Gemeinsame Verweigerung gegen Haushaltskürzungszwänge von oben!

Um diese Protestbewegung zu fördern, ist es auch wichtig, dass Die Linke Krefeld bei der Kommunalwahl am 14.09.2025 als starke Fraktion in den Krefelder Rat und die Bezirksvertretungen einzieht.

Dafür bitten wir Dich/Sie um Deine/Ihre Stimme!

Armut in Krefeld bekämpfen

Armut – auch extreme – ist im Stadtbild von Krefeld unübersehbar. Viele Menschen betteln, sammeln Flaschen, sind obdachlos. Das verfügbare Haushaltseinkommen der Krefelder*innen lag 2021 bei ca. 23.000 Euro pro Person und damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Knapp jeder fünfte Einwohner Krefelds und 22 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben unterhalb der Armutsgrenze. Auch der Anteil der Altersarmut nimmt stark zu. Im Jahr 2024 bezogen 5.160 Menschen in Krefeld Grundsicherung im Alter. Armut ist kein individuelles Versagen, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Sie entsteht in einer Gesellschaft, in der wenige über Produktionsmittel, Immobilien und Kapital verfügen, während viele in prekären Beschäftigungen, in unsicheren Wohnverhältnissen oder ganz ohne Einkommen leben müssen. In Krefeld bedeutet das konkret: Jeder Fünfte lebt unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Erwerbslose, Rentner*innen, Migrant*innen und Kinder. Gleichzeitig steigen Mieten, Energiepreise und Lebensmittelkosten, während große Konzerne in der Stadt weiter hohe Gewinne erwirtschaften.

Die Linke Krefeld vertritt: Die Reichen müssen zahlen. Die Stadt muss umverteilen – von oben nach unten.

Für die Stadt Krefeld fordert Die Linke Krefeld

- dauerhafte Finanzierung und personelle Aufstockung für Sozialberatungsstellen im Krefelder Haushalt mindestens in aktueller Höhe, bei Wegfall von Landesmitteln ggf. Aufstockung zur Sicherung des Angebots.
- die Fertigstellung des 1. Krefelder Armuts- und Reichtumsbericht vor den Sommerferien mit Schwerpunkt auf Ursachen und nicht auf Symptomen für Armut und Reichtum.

- die Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich.
- Ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.200 € – finanziert aus den Gewinnen der SWK.
- kostenlose Verhütungsmitteln und Menstruationsartikel für alle.
- die kostenlose Vergabe von nicht reservierten Plätzen im Theater Krefeld - Mönchengladbach an Besucher*innen mit Krefeld-Pass.
- ein kostenfreies Frühstück, Obst als Zwischenmahlzeit und bei Ganztagsbetreuung ein Mittagessen für alle Kinder in ihrer jeweiligen Kita oder Schule.
- Alle Menschen haben ein Recht auf eine warme, helle Wohnung und auf warmes Wasser auch, wenn sie Zahlungsprobleme haben. Wir fordern, dass den SWK untersagt wird Menschen die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser zu sperren.
- Die Einrichtung eines kommunalen Armutsbeirats mit Beratungsrecht bei Haushaltsentscheidungen, besetzt mit Betroffenen und sozialen Initiativen.
- Die Stadt Krefeld richtet eine unabhängige Ombudsstelle beim Arbeitslosenzentrum (ALZ) für Bürgergeld-Beziehende ein, die bei Sanktionen, Androhungen oder Leistungskürzungen unterstützt. Ein kommunaler Härtefallfonds sichert zusätzlich existenzielle Grundbedarfe auch dort, wo staatliche Leistungen versagen.

Kommunale Wirtschaft mit sozialem Konzept und regionaler Weitsicht – Eigentum zurückholen, Kontrolle erkämpfen

Die Linke Krefeld fordert den Ausbau öffentlichen Eigentums, darunter die Rekommunalisierung von ehemaligen städtischen Unternehmen. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung und damit auch „Öffentlich-private Partnerschaft“ (ÖPP) aus. Es darf keine Abgabe von öffentlichem Eigentum zur kurzfristigen Haushaltssanierung geben. Die kommunale und lokale Wirtschaft sollte vor allem den Menschen vor Ort nutzen. Sie in dieser Zielsetzung zu fördern und dadurch für eine lebenswerte Stadt zu sorgen, muss erstes Gebot bei der Gestaltung kommunaler Wirtschaft sein. Ohne gestalterische und durchdachte Konzepte für gerechte und soziale Wirtschaftsförderung wird eine städtische Fläche nach der anderen an Unternehmen vergeben, die vor allem Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor betreiben, beziehungsweise in den Niedriglohnsektor verlagern. Neu geschaffene Arbeitsplätze müssen für ihre Förderung durch die Stadt nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ bewertet werden. Es gilt wertvolle und wertschöpfende, produktive Arbeitsplätze zu schaffen und nicht prekäre Strukturen zu fördern.

Wichtige und notwendige Investitionen in Infrastrukturen, Ausbildung und öffentliche Daseinsvorsorge sind unterblieben oder wurden und werden verzögert.

Wir Linken fordern:

- keine weitere Erhöhung der Grundsteuer B. Weitere Steigerungen der Grundsteuer B zum Zwecke des Haushaltsausgleichs und zu Lasten der Mieter*innen lehnen wir strikt ab.
- stärkere Investitionen in die Infrastruktur zum Erhalt der Nahversorgung und der Mobilität. Abkehr von Prestigeobjekten wie Kesselhaus oder „Surfpark“, dafür weniger Schlaglöcher in den Straßen. Dazu gehört auch die Beteiligung der Unternehmen an der Bereitstellung von Infrastruktur und Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Rahmen einer für diesen Zweck eingerichteten Abgabe.
- die Gemeinwohlorientierung kommunaler Betriebe.
- Einrichtung von Nutzer*innen-Beiräten in kommunalen Betrieben mit Initiativrecht, Besetzung durch Beschäftigte, Mieter*innen und soziale Bewegungen.
- Unterstützung für solidarisches Wirtschaften und die Bereitstellung von Ressourcen wie Handwerkerhöfe für Freischaffende sowie Jungunternehmen.
- Kommunales Vergaberecht mit Gemeinwohlbindung.
- Öffentliches Gemeinwohlregister für Subventionsempfänger*innen.
- Krefelder Kooperationswirtschaft aufbauen.

Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Krefeld ist eine Stadt struktureller Erwerbslosigkeit und wachsender Ausbeutung. Nur rund 42 Prozent der erwerbsfähigen Menschen hatten im Jahr 2023 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Über 24.000 Menschen waren im März 2025 offiziell arbeitslos gemeldet. Die Quote steigt und mit ihr die soziale Ungleichheit.

Doch die Statistik verschleiert, was in vielen Stadtteilen längst Alltag ist. Prekäre Beschäftigung ersetzt reguläre Arbeit, viele schuften im Niedriglohnsektor und können dennoch nicht von ihrer Arbeit leben. Mehr als ein Fünftel der Bürgergeldbeziehenden ist erwerbstätig, meist unterhalb tariflicher Standards. Rund 12,3 Prozent der Krefelder Bevölkerung lebten 2023 von Bürgergeld. Armut trotz Arbeit ist in Krefeld zur Normalität geworden.

Die kommunale Standortpolitik hat diese Entwicklung begünstigt. Neue Gewerbeansiedlungen in Logistik, Lagerhaltung, Reinigung und anderen schlecht bezahlten Sektoren haben keine soziale Sicherheit geschaffen, sondern die Stadt in

eine industriell ausgebeutete Peripherie verwandelt. Wer wirtschaftlich von dieser Stadt profitiert, muss zur Verantwortung gezogen werden, sozial, ökologisch und finanziell.

Fortschrittliche Kommunalpolitik stellt sich gegen den Rückzug des Staates aus der öffentlichen Verantwortung. Während neoliberale Kürzungslogik Personal abbaut und Dienstleistungen privatisiert, fordern wir das Gegenteil. Die Kommune muss ihre Rolle als öffentliche Arbeitgeberin aktiv wahrnehmen, nicht passiv verwalten.

Ein kommunales Beschäftigungsprogramm ist dafür das zentrale Instrument. Es schafft soziale, tariflich entlohnte Arbeitsplätze, wo der Markt versagt. Und es verbessert die Infrastruktur dort, wo sie seit Jahren vernachlässigt wurde. Öffentliche Arbeit darf kein Lückenfüller für Arbeitsmarktstatistiken sein, sondern muss gezielt ausgebaut werden, um gesellschaftlich notwendige Arbeit abzusichern: Pflege, Bildung, Klimaanpassung, Reparatur, soziale Infrastruktur.

Die Linke Krefeld fordert:

- **Tarifbindung als Förderbedingung.** Nur Betriebe mit Tarifvertrag, Betriebsrat und guter Arbeitsqualität erhalten Zugang zu städtischen Flächen und Förderprogrammen. Unternehmen ohne soziale Standards gehen leer aus.
- **Stadtteilzentren als Gemeingüter.** In benachteiligten Vierteln entstehen kommunale Zentren, die soziale, technische und handwerkliche Dienste unter fairen Bedingungen anbieten. Sie werden demokratisch mitgestaltet und stehen insbesondere Erwerbslosen und Geringverdienenden zur Verfügung.
- **Kreativwirtschaft sozial absichern.** Absolvent*innen und junge Kreative erhalten Zugang zu mietfreien Räumen, Infrastruktur und kollektiven Produktionsorten. Gefördert werden nichtkommerzielle, gesellschaftlich relevante Projekte.
- **Solidarökonomie systematisch fördern.** Die Stadt schafft eine Anlaufstelle für Genossenschaften, Bürgerläden und andere kooperative Betriebe. Beratung, Räume und Investitionen stehen bereit, damit alternative Wirtschaftsformen wachsen und verankert werden.

Die Linke Krefeld setzt sich in den kommunalen Gremien für eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden im Öffentlichen Dienst ein.

Bezieher*innen von Bürgergeld sind Menschen in existenzieller Not. Sanktionen verschlimmern ihr Elend. Das Jobcenter muss zu einem menschenfreundlichen Kurswechsel gedrängt werden. Dem Jobcenter gelingt zudem die Vermittlung von Bezieher*innen von Bürgergeld in den Ersten Arbeitsmarkt fast gar nicht. Da in der Trägerversammlung des Jobcenters gleichberechtigt kommunale Vertreter*innen sitzen, hat die Kommune erheblichen Einfluss auf die jährlich zu beschließenden Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme. Um die Geschäftspolitik des Jobcenters in eine soziale Richtung zu lenken, bedarf es kommunalpolitischer Vorgaben.

Diese Vorgaben sollten folgende Forderungen in den Mittelpunkt stellen:

- Stopp der Sanktionen und Einrichtung eines Sanktionsmoratoriums auf kommunaler Ebene.

- Absage an Ein-Euro-Jobs und Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen auf Grundlage tariflicher und existenzsichernder Löhne.
- Ausbau von Umschulungs- und Weiterbildungsangeboten mit hohen fachlichen Standards, in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, Berufskollegs und freien Trägern. Dabei sind die Interessen der Erwerbslosen zu berücksichtigen und Weiterbildungen nicht nach Geschlechterklischees zu bewilligen.
- Mehr qualifiziertes Personal in den Jobcentern, um die Betreuungsquote pro Sachbearbeiter*in deutlich zu verringern.

Mit Bürgergeld wird die kommunale Arbeitsmarktpolitik hauptsächlich durch sogenannte „Beschäftigungsträger“ vollstreckt. Von ihnen werden nicht nur die Ein-Euro-Jobs durchgeführt, bei den „Beschäftigungsträgern“ laufen Bewerbungs-trainings, 50-Plus-Programme etc. Sie kassieren überwiegend die Gelder aus Eingliederungsbudgets, die vom Bundesministerium für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik bewilligt werden. Hier muss linke Kommunalpolitik ansetzen, um eine soziale kommunale Beschäftigungsförderung zu erkämpfen. Der Kurswechsel für eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Sinne der Erwerbslosen kann in Krefeld aber nur durch öffentlichen Druck erreicht werden. Wir arbeiten dafür weiter mit dem Krefelder Sozialbündnis und möglichst allen sozialen Initiativen zusammen.

Die Kommune als Träger von Ausbildung hat eine besondere Verpflichtung der jungen Generation gegenüber. Daher soll die Stadt Krefeld Ausbildungsplätze in allen beruflichen Bereichen schaffen, in denen sie Beschäftigung anbietet. Die städtischen Beschäftigten sollten die Sozialstruktur Krefelds ungefähr abbilden. Das bedeutet, dass unter den Auszubildenden anteilig auch Förderschulabsolvent*innen und Migrant*innen sind.

Die Linke Krefeld tritt dafür ein,

- dass die Stadt über den eigenen Bedarf hinaus ausbildet und dabei auch Bewerber*innen berücksichtigt, die auf dem freien Ausbildungsmarkt benachteiligt sind.
- dass die städtischen Betriebe und Verwaltung eine zehnprozentige Ausbildungsquote einführen, einschließlich einer Übernahmegarantie, Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen.
- dass alle Jugendlichen, welche die Schule ohne einen Abschluss verlassen, eine Berufsausbildungsberatung erhalten.

Arbeit demokratisieren. Kollektivbetriebe und kommunale Allmende stärken

Arbeit darf nicht auf dem Rücken derer funktionieren, die keine Lobby haben. In Krefeld schuften Menschen in Lagerhallen, Küchen, Callcentern oder in der Pflege. Oft ohne Tarifbindung, unter Zeitdruck und mit kaum mehr als dem Mindestlohn. Gleichzeitig werden Erwerbslose von einem Termin zum nächsten geschickt. Bürgerliches Politikmanagement beschönigt diese Realität mit Begriffen wie Förderketten oder Zielvereinbarungen.

Wir sagen: Arbeit muss den Menschen gehören. Nicht den Märkten.

Die Linke Krefeld fordert deshalb:

- die Förderung solidarischer Wirtschaftsformen wie Kollektivbetriebe, Kooperativen oder Projekte der gemeinschaftlichen Selbstversorgung.
- eine kommunale Anschubfinanzierung für gemeinwohlorientierte Betriebe, die demokratisch geführt werden und Tarifbindung gewährleisten.
- die Vergabe städtischer Aufträge nur an Unternehmen, die sozial, ökologisch und tariflich verantwortlich handeln.
- die Überführung prekärer Minijobs in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa in Schulen, Bibliotheken oder Stadtteilzentren.

Arbeit soll nicht länger disziplinieren oder entwerten. Sie soll verbinden, absichern und zur gemeinsamen Gestaltung der Stadt beitragen.

Weiterbildung

Starke Säule der Weiterbildung in der Kommune ist die Volkshochschule.

Die Linke Krefeld fordert:

- Information aller Erwerbstätigen über den Anspruch auf Bildungsurlaub durch die Stadt.
- Durchführung von Informationskampagnen zu Themen wie Klimakrise / Klima- und Umweltschutz, Rassismus, Sexismus, Klassismus, Homophobie, Antisemitismus und Behindertenfeindlichkeit in Zusammenarbeit zur Förderung eines offenen und gleichwertigen Miteinanders in Krefeld.
- die tarifliche Bezahlung der VHS-Dozent*innen.
- faire Verträge für freiberuflich tätige Referent*innen mit entsprechender Absicherung durch Ausfallgeldregelungen
- Teilnehmer*innengebühren, die bezahlbar sind.

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Stadtentwicklung und Planung

Unsere Stadt ist die Heimat für Menschen aller sozialer Schichten und Altersgruppen aus verschiedenen Herkunftsländern mit unterschiedlichen Lebensweisen und -planungen. Sie muss den unterschiedlichen Bedürfnissen nach Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung, Freizeitgestaltung und Erholung gerecht werden. Vor dem Hintergrund, dass unsere Bevölkerung immer älter und vielfältiger wird, die soziale Spaltung der Gesellschaft zunimmt und Wohnraum immer teurer wird, stehen wir vor großen Herausforderungen. Es bedarf in Krefeld einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, die sowohl soziale als auch ökologische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Die Linke setzt sich für soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen hilft, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert werden. Die Verbesserung des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von Bewohner*innen führen.

Bei städtischen Bauleitplanung hat der Umbau im Bestand für Die Linke Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des lokalen Freiraumbedarfs und der stadtklimatischen Anforderungen.

Nicht zuletzt ist Die Linke für mehr Beteiligung der Einwohner*innen, des Gestaltungsbeirats und der Sachverständigungsgruppe gerade auch in Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Viele Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne werden beklagt. Ein Mittel dagegen ist eine bessere, über die Regelungen des Baugesetzbuches hinausgehende Beteiligung vor der Entscheidung über die Planung von Vorhaben. Bürger*innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse können unter dem Strich manchmal sogar Prozesse beschleunigen und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Verfahren müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren ausgerichtet werden. Die Linke fordert

- die Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren.
- dass der Gestaltungsbeirat der Stadt Krefeld und die Sachverständigungsgruppe vor der Umsetzung von Bauvorhaben vorher angehört werden.
- die stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung.
- eine Veranstaltungshalle in der Innenstadt.
- die Sanierung des Seidenweberhauses – kein Abriss!
- die Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten für ältere Menschen.
- die Wiederbelebung der Innenstadt durch Kultur- und Wohnprojekte.

- vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen soziale Lebenswelten.
- die Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen.
- die Teilnahme an und Umsetzung von Programmen wie „Hauptbahnhöfe“ und „Stadtumbau West“.
- der Erhalt des Wochenmarkts soll beim „Wettbewerb Westwall“ einbezogen werden.
- WLAN und USB-Stecker in der Innenstadt.
- Öffentliche, kostenlose und barrierefreie Toiletten in der Innenstadt.

Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum ist in Krefeld knapp. Es sind ca. 70.000 Mietwohnungen am Markt vorhanden. Die Nachfrage nach preiswerten Wohnungen übersteigt das Angebot und diese Situation wird durch einen immer noch hohen Leerstand (ca. 6000 Wohneinheiten) verschärft. Seit 2021 sind die Mietpreise durchschnittlich um 8,9 Prozent gestiegen. Wobei die weitaus größten Steigerungen Altbauwohnungen in schlechteren Wohnlagen erzielten. In vor 1948 erbauten Häusern in C-Lagen verteuerte sich die Miete um 56,6 Prozent, dicht gefolgt von vor 1948 erbauten Häusern in D-Lagen (+55,6 Prozent). Die Mieten in Krefeld bewegen sich zwischen 5,20 Euro und 10,40 Euro pro Quadratmeter in Abhängigkeit von Baujahr und Lage.

Die Linke Krefeld hat den Aufbau den neuen Fachbereiches Wohnen lange gefordert und diesen 2024 mit beschlossen. Eine Wohnraumschutzsatzung (WSS) hatten wir seit Jahren gefordert und diese 2025 mit verabschiedet. Nun müssen beide Errungenschaften durch ausreichend Personal genug Wirkung entfalten. Die WSS tritt am 01.01.2026 in Kraft.

Gegen die Pläne der CDU, FDP, Freien Wähler und AfD, die WSS wieder abzuschaffen, wird Die Linke in den kommunalen Gremien vorgehen und mit Krefelder Initiativen (Sozialbündnis, Netzwerk Wohnen) für mehr bezahlbaren Wohnraum Druck machen.

Um bezahlbare Wohnungen für alle zu gewährleisten, fordert Die Linke Krefeld

- die Verpflichtung untätiger Eigentümer, leerstehende Wohnung herzurichten und zu vermieten.
- die auskömmliche Ausstattung des neu geschaffenen Fachbereichs Wohnen mit Personal.
- mehr Förderung von ökologischer und ressourcensparender Altbausanierung zur Schaffung von sozialem Wohnraum, zum Beispiel durch Heizungsumrüstung, Dachstuhlsanierung oder dämmende Fenster.
- die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnraum durch die Wohnstätte.

- die Einführung flexiblen modularen Wohnens auf zeitweilig ungenutzten öffentlichen Flächen zur Bereitstellung von Wohnungen für Studierende der HSNR!
- Wohnungstausch-Förderung durch den Fachbereich Wohnen, z.B. könnten ältere Menschen ihre zu große Mietwohnung gegen eine kleinere Wohnung einer Familie tauschen
- die Vergabe von Wohnungen der Wohnstätte auch an Personen mit weniger als dreijährigem Aufenthaltsrecht oder unsicherem Aufenthaltsstatus.
- die Anhebung der Angemessenheit der Bruttokaltmiete (Mietkosten ohne Heizkosten) für eine Single-Wohnung auf 550 EUR. Für jede weitere Person in der Wohnung muss die Angemessenheitsgrenze um 100 EUR steigen.

Geschätzt 500 Obdachlose gibt es in Krefeld. Die Beratungsstelle für Wohnungsnotfallhilfen der Diakonie Krefeld schätzte 2024, dass zwischen 3000 und 4000 Krefelder*innen vor dem Verlust ihrer Wohnung stehen oder bereits wohnungslos sind. Wir fordern daher

- die sofortige Sanierung und Erweiterung der städtischen Notschlafstelle für Obdachlose auf der Feldstraße. Späteste Fertigstellung der Sanierung bis September 2026, späteste Fertigstellung des Ausbaus bis September 2027.
- einen Tagestreff für Obdachlose im nahezu leerstehenden Hansa-Zentrum mit kostenlosen Toiletten, Getränken und sozialpädagogischer Betreuung.
- den Ausbau der Notschlafstelle für Frauen.

Kinder und Jugendliche

In Krefeld fehlen aktuell 1.065 Kita-Plätze für Kinder über drei Jahre und 898 Plätze für unter Dreijährige – 1963 Plätze insgesamt. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gleiche Teilhabe, gleiche Lebenschancen und gleiche Förderung. Kinder- und Jugendpolitik darf nicht am Diktat leerer Kassen scheitern. Dafür wird sich Die Linke Krefeld weiterhin entschieden einsetzen. Dies hat für uns im Haushalt der Stadt herausragende Priorität. Kinder- und Jugendpolitik darf nicht kommunalen Prestigeprojekten für wenige zum Opfer fallen.

Für Die Linke Krefeld sind deshalb die folgenden Aufgaben, Ziele und Projekte vordringlich:

- Priorität hat die Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter. Es darf keine Wartezeiten für Kinder in Kitas und Therapieeinrichtungen geben.
- Die U3-Betreuung soll ausgebaut werden.
- Kinder müssen sich in der Stadt sicher bewegen und draußen spielen können. Wir fordern Spielstraßen und autofreie Wohngebiete sowie Tempo 30 auf allen innerstädtischen Straßen in Krefeld.
- Die wachsende Hilfebedürftigkeit benachteiligter Kinder erfordert die Aufstockung des Personals im Sozialen Dienst des Jugendamtes. In Jugend- und

Familienzentren sollen inklusive und integrative Jugendspielgruppen gebildet werden.

- Anti-Gewaltarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen, zum Beispiel Anti-Gewalttraining und Projekte gegen Rassismus und Homophobie.
- Der Jugendbeirat Krefeld muss mehr Entscheidungskraft erhalten, um einen regelmäßigen Dialog und echte Mitbestimmung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Kommunalpolitik zu ermöglichen.
- Jugendzentren sollen flächendeckend in der Stadtmitte und in allen Stadtteilen gebaut und ausgebaut werden.
- Bei bestehenden Jugendzentren müssen offene Stellen besetzt werden und der Personalaufbau fortgesetzt werden.
- Das „Haus der Bildung“ ist ein guter Ansatz. Es muss mit gut qualifiziertem Fachpersonal in genügender Zahl ausgestattet werden.
- Mehr niedrigschwellige Beratungsangebote für Jugendliche durch den Fachbereich „Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung“ der Stadt.
- Beratungsangebote von Berufskollegs und Hochschule in den Schulen.
- Gegen die Jugendarbeitslosigkeit fordern wir die Erhebung einer Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden. Stadt, Wirtschaft und Handwerk sollen in einem Bündnis für Ausbildung arbeitslosen jungen Menschen in Krefeld den Weg in eine berufliche Zukunft eröffnen. Die Stadtverwaltung soll die Einrichtung von Ausbildungsverbünden auf den Weg bringen.
- Die Verankerung eines Rederechts für den Jugendbeirat in der Satzung der Bezirksvertretungen und Ausschüsse.
- Die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler müssen gestärkt, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung durch verbesserten Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien und die gezielte Förderung von Kinder- und Jugendmedien erweitert werden.

Schulpolitik – Möglichkeiten der Kommune

Allen Kindern und Jugendlichen muss Bildung gleichermaßen zugängig sein, unentgeltlich und unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung ist nicht mit Bildungsabschlüssen zu verwechseln. Vielmehr vertreten wir einen kritischen Bildungsbegriff, der sich der Funktionalität ökonomischer Verwertung und sonstiger Instrumentalisierung entzieht.

Die Linke Kreisverband Krefeld

Die Linke Krefeld tritt ein für

- eine Schule ohne das Werben durch die Bundeswehr. Keine Militärpropaganda, kein POL&IS Planspiel von Schülern bei der Bundeswehr!
- den Ausbau digitaler Infrastruktur auf den modernsten Stand.
- die Einbeziehung von Naturräumen als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten.
- die Wiedereinführung der Wohnortbindung für Grundschüler*innen nach dem Prinzip ,,kurze Beine - kurze Wege“, für den Erhalt von Grundschulen im Quartier.
- einen Platz an einer Gesamtschule für jedes Kind. Dazu Elternbefragungen, damit auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden kann.
- Schaffung einer städtischen Nachhilfeeinrichtung für die Schüler*innen, welche „Bildung und Teilhabe“-Anspruch auf Nachhilfe haben. Kursteilnehmer*innenzahl darf fünf Schüler*innen nicht übersteigen, die Lehrkräfte werden tariflich bezahlt.
- eine Orientierung bei Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude, an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik, unter klimafreundlichen und ökologischen Gesichtspunkten und neuen Anforderungen durch Inklusion.
- die Errichtung von Ganztagsschulen mit kostenlosem vegetarischen und veganen Mittagessen.
- kostenlose Lernmittel für alle Kinder.
- Kostenlosen Eintritt in die Mediothek für alle Schüler*innen, auch für Berufsschüler*innen
- Einrichtung einer Digitalen Plattform für Ideen und Mitgestaltung z.B. Stadtentwicklung und Veranstaltungen

Altern in Würde und sozialer Sicherheit

Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in Krefeld fordern wir die Erstellung eines langfristig konzipierten und kontinuierlich zu aktualisierenden kommunalen Altenhilfeplanes.

Die Linke Krefeld tritt ein für

- den Erhalt und Ausbau von Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft.
- den Aufbau kommunaler, leicht zu erreichender Pflegeberatungsstellen.
- unterstützende Maßnahmen, damit ältere Menschen in ihrem Wohnumfeld bleiben können.

- die Förderung von Selbsthilfeprojekten älterer Menschen und die Förderung der Mitarbeit von älteren Menschen in der Kommunalpolitik.
- bedarfsgerechten, barrierefreien Bau und Ausbau von Wohnungen.
- Förderung von Wohnformen für ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen.
- Förderung der Mobilität von Senior*innen durch ein dichtes und gut getaktetes Netz von barrierefrei zugänglichen Bus- und Straßenbahnlinien.
- die Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen.
- Einrichtung und Förderung von Begegnungsangeboten in erreichbarer Nähe.
- Berücksichtigung älterer Menschen bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben.

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird.

Frauenpolitik betrifft für Die Linke Krefeld alle politischen Bereiche. Öffentliche Leistungen werden von Frauen und Männern unterschiedlich in Anspruch genommen, und auch die Anforderungen an kommunale Angebote unterscheiden sich häufig zwischen den Geschlechtern. Bei der Stadtplanung in Krefeld ist auf frauenspezifische Bedürfnisse genauso zu achten wie bei der gesundheitlichen Versorgung oder dem Öffentlichen Personennahverkehr, der Vergabe von Straßennamen und Stellenbesetzungen. Gleichzeitig hält Die Linke Krefeld Beratungs- und Unterstützungsangebote zum Ausgleich bestehender Nachteile für dringend erforderlich. Viele unserer Forderungen helfen nicht nur Frauen, sondern auch den Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden.

Die Linke Krefeld tritt ein für

- den Ausbau des Krefelder Frauenhauses und der Frauenberatungsstelle Krefeld und den Erhalt von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen und Mädchen.
- Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen u.a. bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.
- die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen.
- den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung.

- die Umsetzung des Frauenförderplans der Stadt Krefeld und Ausweitung auf die städtischen Gesellschaften.
- die Besetzung leitender Positionen in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben zu 50 Prozent mit Frauen. Bis dieses Ziel erreicht ist, sollen bei gleicher Eignung alle leitenden Positionen mit Frauen besetzt werden.
- eine 50-prozentige Frauenquote im Rat, den Bezirksvertretungen sowie den Ausschüssen des Rates. Frauen in diesen Gremien sollen gefördert werden. Für Mütter (und Väter) soll während der Sitzungen kostenfreie, qualifizierte Kinderbetreuung angeboten werden.
- die Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten gegenüber Rat, Bezirksvertretungen und Verwaltung.
- geeignete kommunale Kommunikationskanäle, um Frauen gezielt auf die Möglichkeiten sich in die Kommunalpolitik einzubringen aufmerksam zu machen.
- die Bekämpfung von Homophobie und Ausgrenzung von LGBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queer).
- eine Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung von sexueller Vielfalt und Selbstbestimmung.
- finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen. Es müssen Lösungen für Probleme im Bereich von Coming-out, Gewaltübergriffen, Mobbing, sexuellem Missbrauch, Vergewaltigungen, häuslicher Gewalt und ähnlichem bereitgestellt werden.
- die Förderung von queeren Treffpunkten, Vereinen und Veranstaltungen.

Humane Drogen- und Gesundheitspolitik

Die Linke setzt sich für eine Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen legalen und illegalen Drogen leistet. Dazu gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Die Linke Krefeld setzt sich seit 2009 für einen humanen und realistischen Umgang mit den schwerstdrogenabhängigen Menschen in Krefeld ein. Die Linke im Rat der Stadt Krefeld hat die Einrichtung eines Drogenkonsumraums seit 2014 im Rat und im Sozial- und Gesundheitsausschuss beantragt und begrüßt die Einrichtung des Drogenhilfezentrums (DHZ) an der Schwertstraße. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber, dass den Betroffenen eine akzeptable Alternative zum Theaterplatz angeboten werden muss. Die Schwerstdrogenabhängigen an einem Platz zu lassen, bietet die Möglichkeit, diese mit allen potenziellen Hilfen zu erreichen (Medi-Mobil der Diakonie, Streetworker, Jugendhilfe, etc.) Expert*innen hatten bereits vor der Eröffnung des DHZ dringend geraten, der Szene einen öffentlichen Platz zu lassen. Die städtische Politik, dies nicht zu erlauben, schadet nicht nur den

Menschen mit Suchterkrankung. Die berechtigten Beschwerden über ständig neue kleine „Junkie-Hotspots“ in der Innenstadt bleiben seit Jahren.

Die Linke Krefeld fordert

- den Erhalt des DHZs und die Ausweitung der Öffnungszeiten.
- die Vergabe von Heroin an langjährig Suchtkranke in Krefeld zu erleichtern.
- die Abstimmung der Krefelder Drogenpolitik mit Streetworkern, die sich an akzeptierender Drogenarbeit orientieren.
- die Abstimmung der Krefelder Drogenpolitik mit Selbstorganisationen Ex-Suchtkranker, um die Erfahrung ehemals Betroffener zu nutzen, unter anderem der Krefelder Genesungsbegleiter*innen der Bewegung „Ex In“.
- die Teilnahme einer Vertreterin/ eines Vertreters von „Ex In“ an der „Arbeitsgruppe Sucht der Kommunalen Gesundheitskonferenz“

Unterstützung für psychisch kranke Menschen

In Krefeld sind viele Menschen von schweren psychischen Erkrankungen betroffen. Es gibt großen Bedarf nach fachlicher Unterstützung auch durch die Stadt. Hilfseinrichtungen nehmen eine Zunahme der sogenannten „Doppeldiagnosen“ wahr, immer mehr Menschen leiden gleichzeitig unter einer psychischen und einer Suchterkrankung. Krefelder Sozialarbeiter*innen, gesetzliche Betreuer*innen und persönlich Betroffene fordern vom Gesundheitsamt Krefeld daher die Koordination der verschiedenen psychiatrischen Hilfssysteme. Es werden ein Psychiatrieplan, sowie die Planung, Steuerung und Vernetzung der lokalen Hilfssysteme gebraucht. Das Gesundheitsamt sollte verstärkt aktiv werden, wenn Erkrankte zur Selbst- und/oder Fremdgefährdung neigen. Dazu benötigt das Gesundheitsamt geeignete Fachärzt*innen. Wichtige Planstellen waren jedoch seit Jahren unbesetzt, seit 2025 hat das Gesundheitsamt endlich zwei halbe Stellen Psychiatrie.

Die Linke Krefeld fordert

- Schulungen für Polizei, Rettungsdienste und Sozialarbeiter*innen im Umgang mit psychischen Krisen.
- eine psychosoziale Notfallversorgung für akute Krisen mit Krisentelefon und einer verstärkten Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Kliniken (Alexianer und Königshof) durch klare Kooperationsverträge.
- die Besetzung der Leitung des Krefelder Gesundheitsamtes mit einer*einem Fachärztin*Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen als Voraussetzung für eine qualifizierte Leitung.
- die Einstellung einer*eines Psychiatriekoordinators*in.
- Auf- und Ausbau der „aufsuchenden Psychiatrie“ durch das Gesundheitsamt.
- Entwicklung eines Sozialpsychiatrischen Verbundes als Weiterentwicklung der „Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft“.

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Klima- und Umweltschutz

Die Bedrohung der Menschheit durch den Verlust der Biodiversität und durch die Klimakrise sind die größten Herausforderungen – und sie müssen in wenigen Jahren bewältigt werden. Die Klimakrise zeigt jetzt schon ihre Auswirkungen bei der Intensität extremer Wetterereignisse. Wenn wir eine lebenswerte Welt für unsere Nachkommen erhalten wollen, müssen wir das Erreichen von unumkehrbaren Kipppunkten verhindern. Für kommunale Handlungsspielräume heißt das vor allem: saubere Luft, sauberes Wasser, eine möglichst geringe Lärmbelastung, städtische Grünflächen und gesunde Lebensmittel sind Voraussetzungen für ein gutes Leben. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen dies berücksichtigen. Derzeit werden in Deutschland täglich 56 Hektar Fläche versiegelt. Auch in Krefeld gibt es Projekte, die zu großen Flächenversiegelungen führen werden, wenn sie durchgesetzt werden. Beispiel ist der angedachte Surfpark am Elfrather See, gegen den sich neben den Linken auch die Bürgerinitiative „B.I.E.N.E.“, Umweltverbände wie BUND und NABU sowie die Krefelder „Fridays for Future“ wehren.

Dabei hat der Krefelder Rat 2020 ein „integriertes Klimaschutzkonzept“ ("KrefeldKlima2030") beschlossen. Mit dem Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Klima, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft vom 18.02.2021 wurde festgelegt, dass die Stadt Krefeld bereits im Jahr 2035 klimaneutral sein soll. Der Rat der Stadt Krefeld hätte daher den Bebauungsplanantrag für das Surfbecken am Elfrather See längst ablehnen müssen. Doch die SPD- und fast die gesamte CDU-Fraktion haben den Bau des Surfparks am 3. Juli 2025 genehmigt!

Die Linke Krefeld unterstützt die Bürger*innen sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen. Und sie setzt sich dafür ein, dass auch die Gewerkschaften das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch ernster nehmen und das Scheindilemma „Umwelt oder Arbeitsplätze“ überwinden. Umweltschutz, Klimaschutz und linke Sozialpolitik schließen sich nicht aus. Ganz im Gegenteil, sie bilden eine Einheit. Nachhaltige Verbesserungen im Umweltschutz können nur bei gleichzeitigem Ausgleich und Umverteilung der Lasten erfolgen. Die Folgen des Klimawandels sind jetzt schon weltweit sozialer Natur. Es trifft die finanziell Benachteiligten und Ausgebeuteten als erste. Die kapitalistische Produktionsweise zerstört unseren Planeten und klaut die Zukunft der Jugend.

Die Linke Krefeld fordert

- den Plan zur Errichtung eines kommerziellen Surfparks im Naherholungsgebiet Elfrather See aufzugeben.
- die Herstellung von Strom aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Strom aus Photovoltaikanlagen
- die Ausschreibungen und Auftragsvergaben kommunaler Projekte sowie des Beschaffungswesens müssen Umwelt- und Sozialstandards beinhalten.

- den Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung mit der Schaffung eines Klimaschutzbüros.
- Einen städtischen Klimafolgen-Bewältigungsplan mit Maßnahmen, die geeignet sind die Bürger*innen vor lokal auftretenden Folgen des Klimawandels wie Starkregen und Hitzewellen oder der Zunahme von Infektionskrankheiten zu schützen.
- Den klimagerechten Umbau der Energie- und Wärmeversorgung in der Stadt sozial gerecht zu planen und durchzuführen. Die Kosten für den Aus- bzw. Aufbau neuer Netze für Energie und Wärme dürfen nicht so auf die Nutzer umgelegt werden, dass sich ärmere Haushalte diese Güter nicht mehr leisten können.
- die Sanierung von Bestands- und Leerstandsgebäuden mit absolutem Vorrang vor Neubauten und Neuerschließungen, um weitere Flächenversiegelung zu verhindern.
- eine Förderung von ökologischer und ressourcensparender Altbausanierung zur Schaffung von sozialem Wohnraum, zum Beispiel durch Heizungsumrüstung, Dachstuhlsanierung oder dämmende Fenster.
- eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine vermehrten Umweltbelastungen und höhere Mieten mit sich bringen.
- eine flächensparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete. Das erfordert die Auflockerung durch Grünanlagen, Dach- und Fassadenbegrünung sowie andere ökologische Maßnahmen.
- die Umstellung auf ökologisch und wenn möglich regional produzierte Lebensmittel in allen öffentlichen Kantinen und in Schulen.
- eine Reduzierung der Feinstaubbelastung im Innenstadtbereich durch Sperrung von Straßen für den motorisierten Individualverkehr.
- Lärmschutz durch die konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen.
- Unterstützung der ansässigen Naturschutzverbände BUND und NABU sowie der Initiative B.I.E.N.E.
- den Erhalt von Grünflächen und die konsequente Renaturierung von Industrie- und Gewerbebrachen.
- den Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen. Schutz des Naturschutzgebietes Hülser Bruch!
- der Versiegelung in privaten (Vor-)Gärten durch kommunale Satzungen entgegen zu wirken. Die Stadt Krefeld muss Maßnahmen ergreifen, Schottergärten zu identifizieren und ihre Entsiegelung zu erreichen.
- die Entsiegelung innerstädtischer Flächen.

- die Umgestaltung von nicht genutzten und nicht verpachteten kommunalen Flächen zu Insekten- und Wildschutzräumen.
- die Verpachtung kommunaler Flächen unter der Vorgabe einer ökologischen und naturnahen Bewirtschaftung.
- den Ausbau von Projekten der Solidarischen Landwirtschaft durch Bereitstellung oder Verpachtung kommunaler Flächen.
- kommunale Wälder naturnah zu bewirtschaften und Teile vollständig unbewirtschaftet zu lassen.
- städtische Grünflächen nach dem Prinzip der „Essbaren Stadt“ umzugestalten. Diese Grünflächen sind selbstverständlich weiterhin von städtischen Mitarbeitern zu pflegen. Baumscheiben und kleine Grünflächen sind den Bürgern vor Ort für „Urban Gardening“ kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
- Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün so zu gestalten, dass sie als Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden.

Mobilität

Zielkonflikte zwischen Autos, ÖPNV, Radfahrern und Fußgängern bestimmen das Mobilitätsgeschehen in Krefeld. Im Gegensatz zu SPD und CDU, die wider jede Logik „allen Verkehrsteilnehmern Priorität“ einräumen wollen, werden wir versuchen, die real bestehende Dominanz des Autoverkehrs zu beenden.

Dazu wollen wir uns an folgende Leitlinien halten:

Autofreie Innenstadt und Parkraumkonzept

- Die Innenstadt innerhalb der vier Wälle ist autofrei zu gestalten.
- Wechselnde Nutzung von Firmenparkplätzen zu Tag- und Nachtzeiten als Quartiersgaragen.
- Günstige Nachttarife in den Parkhäusern (wie zum Beispiel in Aachen).
- Der Parkschein ist zugleich auch Fahrschein im ÖPNV.
- Die Parkhäuser sind zu sanieren und insbesondere frauenfreundlicher zu gestalten. Die Sicherheit vor Übergriffen muss gewährleistet sein.
- In Parkhäusern und den Quartiersgaragen stehen Leihfahrräder, sichere und zeitgemäße Fahrradabstellanlagen, Ladestationen für E-Bikes zur Verfügung.
- Neubau von Quartiersgaragen auf geeigneten Flächen (keine Schulhöfe, Grünflächen oder ähnliches).

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Schienenverkehr und ÖPNV

- Die Stadtteile müssen stärker durch direkt Verbindungen ohne Umstiege miteinander vernetzt werden
- eine im 2-Stundentakt fahrende IC-Linie für Krefeld und den Linken Niederrhein, die über Hannover nach Berlin führt sowie eine ICE-Anbindung.
- eine Anbindung im Regionalverkehr von Krefeld an das RRX-Netz mit einer stündlich verkehrenden Linie von Mönchengladbach über Krefeld, Duisburg und Dortmund nach Hamm, wie sie bis Dezember 2016 als Linie RE 11 in Betrieb war.
- Die Verbindung nach Köln muss auf einen halbstündigen Takt erweitert werden.
- Die Innenstädte von Krefeld und Moers sollen über eine Regionalbahn direkt miteinander verbunden werden.
- Im Nahverkehr sollte endlich die S-Bahnlinie S21 von Mönchengladbach nach Hamm in Betrieb genommen werden, die bereits 1999 in das Zielnetz des VRR für 2015 aufgenommen wurde.
- Das Straßenbahnnetz sollte unter Ausnutzung der entsprechenden Fördermittel des Landes NRW ausgeweitet werden. Dabei sind die Erweiterungen ins Hülser Zentrum und nach Willich vorrangig zu behandeln.
- Die Beschäftigten im Bereich Verkehr der SWK sollten einheitlich bezahlt und nicht in Subunternehmen abgeschoben werden.

Rad- und Fußgängerverkehr

- Die Rad- und Fußwege sollten (groß-)zügig ausgebaut werden.
- Wir fordern den schnellstmöglichen und vollständigen Bau der beiden im fortgeschrittenen Planungsstadium befindlichen Schnellfahrstrecken nach Mönchengladbach und Venlo.
- Der Sanierungsstau bei Rad- und Fußwegen sollte in der kommenden Legislaturperiode beseitigt werden.
- Fahrradstraßen sind großflächig einzurichten und auszubauen. Auch Hauptverkehrsachsen sollten dabei berücksichtigt werden.
- Der Autoverkehr in Fahrradstraßen ist auf Anliegerverkehr und ÖPNV zu beschränken.
- Das Parken auf Rad- und Fußwegen sollte rigoros durch bauliche Vorrichtungen verhindert werden. Verstöße müssen konsequent geahndet werden.
- Der KOD soll auch in den Abendstunden das Parken im Halteverbot kontrollieren und ahnden.

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Antifaschismus

Wir wollen eine offene, tolerante, sichere und bunte Stadt, ein angstfreies und solidarisches Zusammenleben. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit Bürger*innen, auf Demonstrationen, in Netzwerken gegen rechts, in Jugend-, Kultur- und Frauenbündnissen. Die Linke Krefeld ist aktives Mitglied im Bündnis „Krefeld für Toleranz und Demokratie“ seit dessen Gründung 2007. Wir unterstützen das Bündnis bei seinen Aktionen. Die Linke Krefeld hat sich am „Fest ohne Grenzen – Gemeinsam gegen Rassismus“ jedes Mal seit der Gründung unseres Kreisverbandes beteiligt. Wir haben und werden uns weiter für eine weltoffene Stadt und gegen faschistische, rassistische und andere rechte Tendenzen einsetzen.

Daher tritt Die Linke Krefeld ein für

- die Unterstützung aller Initiativen und Gruppierungen, die sich gegen die neonazistischen „Volksgemeinschaft Niederrhein“ in Hüls oder rechtsradikale Schlägergruppen in der Innenstadt richten.
- die Unterbindung neonazistischer/faschistischer Aktivitäten durch die Planung und Organisation von antirassistischen Aktivitäten wie zum Beispiel Demonstrationen und Kundgebungen. Keine Toleranz mehr für Hetze gegen die Menschenrechte auf Krefelder Plätzen!
- die konsequente Verfolgung und Ahndung rechter Gewalttaten, rassistischer und faschistischer Äußerungen und Beschriftungen.
- die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neonazismus/Faschismus, besonders an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen.
- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen rechts.
- Die Einrichtung einer an Werktagen geöffneten Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Neonazismus/Faschismus, zum Beispiel in der Villa Merländer und die Förderung des Bündnisses „Krefeld für Toleranz und Demokratie“ gegen rechts.
- Die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten, wie zum Beispiel „Noteingang“ oder dem „antirassistischen Telefon“.
- die Etablierung von Aktionen zum Gedenken an die Opfer der Nazizeit, zum Beispiel durch weitere Verlegung von „Stolpersteinen“ in Krefeld.

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander in Krefeld

Die Linke Krefeld setzt sich für den gemeinsamen Kampf um Akzeptanz, Gleichberechtigung und Gleichstellung ein. Für uns gibt es keine Aufteilung der Menschen in „echte“ und zugewanderte Deutsche. Wir wollen keine Trennung in EU-Bürger*innen mit mehr Rechten und Einwohner*innen aus anderen Ländern, die schon Jahrzehnte hier leben und arbeiten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche Gleichheit, soziale Freiheit, kulturelle und religiöse Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Leitprinzipien sind. Wir wollen Solidarität und Inklusion statt Diskriminierung und Ausgrenzung. Inklusion bedeutet für uns Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Lebensalter, körperliche Eigenschaften, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung sowie deren gleichberechtigte Teilhabe. Insoweit ist Inklusion eine originär kommunalpolitische Aufgabe, die vorrangig in städtischer Verantwortung und Koordinierung liegt. Der gesamte Querschnitt kommunaler Politik ist gefordert.

Deshalb fordern wir

- den Prozess der Neustrukturierung des Fachbereichs Migration und Integration konsequent fortzusetzen. Dazu gehört insbesondere die Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der dort Beschäftigten. Dieser Prozess ist durch Monitoring und jährliche Evaluation unter Einbeziehung der Migrant*innenselbstorganisationen, dem Flüchtlingsrat Krefeld, den Fachdiensten von Caritas und Diakonie für Migration und Integration zu begleiten.
- Verwaltungsvorgänge und Terminvergabe so zu steuern, dass die jeweiligen Angelegenheiten ohne lange Wartezeiten erledigt werden.
- die systematische Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie die Beschäftigung von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung und stadtnahen Unternehmen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil.
- die Ausstellung einer Geburtsurkunde für jedes in Krefeld geborene Kind durch das Standesamt Krefeld.
- dass das Standesamt Krefeld die Eheschließung heiratswilliger Flüchtlinge auch zulässt, wenn diese ihre Identität durch andere Urkunden als Geburtsurkunden und Reisepässe nachweisen können.
- die Nutzung des gesetzlich geregelten Ermessensspielraums durch das Standesamt Krefeld. Der Paragraph 9 des Personenstandsgesetzes gibt dem Amt die Möglichkeit, nichtöffentliche Urkunden als Beurkundungsgrundlage zu akzeptieren. Als „ultima ratio“ kann es auch Versicherungen an Eides statt verlangen und annehmen, wenn die geforderten Unterlagen nicht vorliegen und die Betroffenen erfolglose eigene Bemühungen nachweisen können.

- Durchführung kommunaler Integrationskonferenzen in kürzeren Abständen, mindestens alle zwei Jahre.
- die Erstellung eines kommunalen Konzepts für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander gegen Rassismus, Sexismus und Diskriminierung.
- die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationsgeschichte.
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze, insbesondere im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit.
- zusätzliche Förderangebote für Kinder aus Migrant*innenfamilien in Kitas und Schulen. Darunter fällt insbesondere die Sprachförderung in der deutschen Sprache, die Förderung der Herkunftssprache und die Förderung antirassistischer Arbeit an den Schulen.

Barrierefreiheit ausbauen – konkrete Schritte für eine inklusive Stadt

Die Stadt Krefeld muss konkrete und niedrigschwellige Maßnahmen ergreifen, um Barrieren in öffentlichen Gebäuden abzubauen. Dazu schlagen wir vier sofort umsetzbare Schritte vor:

- **Hygienetüten für Inkontinenzeinlagen bereitstellen**
  In vielen öffentlichen Toiletten fehlen geeignete Möglichkeiten zur diskreten Entsorgung von Inkontinenzeinlagen. Die üblichen kleinen Papiertütchen reichen oft nicht aus. Wir fordern, in allen städtischen Gebäuden stabile und ausreichend große Hygienebeutel bereitzustellen – einfach zugänglich, kostenfrei und regelmäßig aufgefüllt.
- **Mobile Rampen für Rollstuhlnutzer*innen**
  Nicht alle Eingänge zu öffentlichen Einrichtungen sind barrierefrei. Dabei gibt es kostengünstige mobile Rampen, die den gängigen Sicherheitsstandards entsprechen und leicht bereitgestellt werden können. Wir fordern, dass jede städtische Einrichtung mindestens eine mobile Rampe vorhält, die bei Bedarf flexibel eingesetzt werden kann.
- **Barrierecheck aller öffentlichen Gebäude**
  Wir fordern eine systematische Überprüfung sämtlicher städtischer Gebäude auf bauliche, technische und sensorische Barrieren. Die Ergebnisse sollen veröffentlicht und in einem Maßnahmenplan für den schrittweisen Abbau dieser Barrieren überführt werden – transparent, überprüfbar und unter Beteiligung von Betroffenenorganisationen.
- **Nutzerfreundliche Aufzüge sicherstellen**
  Wir fordern, die Schließzeiten und Steuerung der Aufzüge in städtischen Gebäuden zu überprüfen und so anzupassen, dass Menschen im Rollstuhl oder mit Gehhilfen sie sicher und selbstbestimmt nutzen können.

Die Linke
Kreisverband Krefeld

Kommunale Finanzen

Seit Jahren ist die Krefelder Finanzsituation durch Nothaushalte, Haushaltssicherungskonzepte und Einschränkungen geprägt. Dabei wäre durchaus schon mit den vorhandenen Mitteln eine sinnvollere und nachhaltigere Politik möglich gewesen. Kostenintensive Fehlinvestitionen wie die Neugestaltung der Haltestelle „Rheinstraße“ sorgen dafür, dass das Geld an wichtigen Stellen fehlt.

Gewerbesteuereinnahmen und -prüfung

Wie nahezu alle kommunalen Haushalte ist auch der Krefelder Haushalt strukturell unterfinanziert. Der Finanzausgleich von Bund und Land sorgt dafür, dass die Städte und Gemeinden in NRW nicht genügend Finanzmittel zur Verfügung haben, um ihre kommunalen Aufgaben zu erfüllen, während sich die Bundesfinanzminister Jahr für Jahr für die „Schwarze Null“ selbst auf die Schulter geklopft haben. Wir lehnen den Verkauf städtischer Immobilien und städtischer Gesellschaften (wie der SWK) ab. Diese Verkäufe – die am Ende nicht nachhaltig sind und die Stadt in Summe mehr kosten – sind allerdings nur Ausdruck einer verzweifelten Lage der kommunalen Haushaltspolitiker, die mit einem strukturellen Defizit zu kämpfen haben.

Dabei hat die Stadt Krefeld zwar Möglichkeiten, auch ihre eigene Einnahmesituation zu verbessern. Aber fast keine Kommune in NRW kann aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Das Krefelder Haushaltsloch hat seine Ursache hauptsächlich in der Unterfinanzierung durch Bund und Land. In Krefeld werden für die nächsten Jahre jeweils Haushaltsdefizite über 100 Millionen Euro erwartet. Diese Löcher kann die Stadt nicht ansatzweise alleine stopfen.

Alle anderen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Krefeld wollen dennoch kürzen bei den Ausgaben und Leistungen der Stadt Krefeld, dies würde den Bürger*innen der Stadt aber schaden. Die Linke Ratsgruppe hat gegen die Kürzungen des Verwaltungsvorstandes beim städtischen Personal und dessen notwendigen Ausgaben gestimmt.

Große Teile der kommunalen Einnahmen kommen aus der Gewerbesteuer. Deswegen muss die Zahlung der Gewerbesteuer durch die Stadt auch regelmäßig und systematisch überprüft werden. Solche Gewerbesteuerprüfer sorgen für deutlich mehr Einnahmen in der Stadtkasse durch die Nachzahlungen geprüfter Unternehmen als sie Kosten für die Stadtkasse verursachen. Durch mehr Gewerbesteuerprüfer kann eine lückenlose Überprüfung aller Unternehmen in Krefeld geleistet werden und zu signifikant höheren Einnahmen der Stadt führen, die dann für die oben genannten wichtigen Ausgaben getätigt werden können.

Daher fordern wir

- die Einstellung weiterer Gewerbesteuerprüfer zur strukturellen Verbesserung der Einkommenssituation im Krefelder Haushalt.

Sparkassengewinnausschüttung

Die Sparkasse Krefeld erzielt Jahr für Jahr hohe Gewinne und könnte den Kommunen davon Teile ausschütten. Aber durch das Konstrukt des „Sparkassenzweckverbandes Krefeld – Viersen“ kann eine Entscheidung über Gewinnausschüttungen nur von einer 2/3-Mehrheit in der Sparkassenzweckverbandsversammlung und daher nicht von Krefeld alleine getroffen werden. Mitglied im Zweckverband sind Krefeld, Viersen und die Stadt Willich. Gemeinsam können die Krefelder, Viesener und Willicher Vertreter in der Versammlung eine Gewinnausschüttung der Sparkassen beschließen.

Daher fordern wir

- den Einsatz aller Krefelder Vertreter in der Sparkassenzweckverbandsversammlung für eine jährliche Gewinnausschüttung an die Kommunen Krefeld und Viersen von mindestens jeweils zwei Millionen Euro.
- die Aufnahme von Gesprächen seitens der Krefelder Vertreter mit ihren Kolleg*innen aus Viersen und Willich für die gemeinsame Abstimmung in der Zweckverbandsversammlung.

Parkgebühren

Die Gebühren für das Anwohnerparken sind in Krefeld niedrig. Sie betragen für ein Jahr aktuell nur 30,57 Euro. Dies führt u.a. dazu, dass vermehrt Firmenwagen nachts im öffentlichen Raum geparkt werden. Zur Entlastung der Innenstadt und als Einnahmequelle für den städtischen Haushalt fordern wir daher:

- Erhöhung der Gebühr für das Anwohnerparken auf 60 Euro pro Jahr!

Sport und Kultur

Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Bürger*innen.

Die Stadt hat den Auftrag, den Bürger*innen ein gutes Angebot im Breitensport zu machen, der Profisport ist von privaten Trägern zu finanzieren. Deswegen achtet Die Linke besonders darauf, dass die Mittel der Stadt ausschließlich dem Breitensport zugutekommen und dass die Stadt vorrangig ihre gesetzlichen Verpflichtungen im Rahmen des Schulsports erfüllt.

Dabei wird sich Die Linke um Folgendes besonders bemühen:

- Die gleichberechtigte Ausstattung aller Stadtteile mit ausreichend neu errichteten oder sanierten Sportstätten.
- Die spezielle auch finanzielle Förderung von inklusiven und integrativen Sportgruppen, in denen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben können, in Wohnortnähe in Kooperation mit Krefelder Vereinen. Dafür sollte insbesondere im Programm „Krefeld macht Sport“ ein Sondertopf eingerichtet werden.

- Die Mitgliedschaft in Sportvereinen für Kinder und Jugendliche unentgeltlich möglich zu machen.
- Wir setzen uns ein für mehr öffentliche Sportgeräte (sogenannte Calisthenics-Geräte), vorzugsweise in Grünanlagen, Parks und bei Spielplätzen, möglichst auch mit barrierefreien Elementen.

Die Lebendigkeit und Lebensqualität einer Stadt bemisst sich vor allem an der Vielfältigkeit ihrer Kulturszene. Sie ist ein Indikator dafür, ob das gesellschaftliche Leben gesund ist, ein vielfältiger Dialog stattfindet und sich weitreichende Möglichkeiten für die persönliche Entfaltung eines jeden bieten.

Krefeld hat neben seinen international bekannten Kultureinrichtungen wie dem Kaiser Wilhelm Museum, den Mies-van-der-Rohe-Bauten Haus Esters und Haus Lange und der dreispartigen Bühne des Gemeinschaftstheaters Krefeld und Mönchengladbach auch eine reichhaltige freie Musik- und Kulturszene. Und so ist Kultur eben nicht nur die sogenannte Hochkultur, sondern gerade auch Alltagskultur, „Kultur von unten“, die freie Kulturszene und vor allem auch Kultur in den Stadtteilen.

Deshalb fordern wir

- die Integration der Migrant*innenkultur und Migrationsgeschichte in die öffentlichen Museen und Theater.
- die zügige und prioritäre Umsetzung der weiteren Planungs- und Sanierungsmaßnahmen für ein Quartierszentrum in Uerdingen mit städtischer Medienausleihe einschließlich ausreichend qualifiziertem Fachpersonal.
- eine verbesserte Finanzausstattung der Bezirksvertretungen für kulturelle Aktivitäten.
- die Erhöhung der Finanzmittel für das Werkhaus, die Kulturfabrik, das Folklorefest, das KRESCHtheater und für die freie Musik- und Kulturszene.
- die Standortsicherung und finanzielle Förderung des Frauenkulturbüros NRW.
- städtisch geförderte Atelier- und Proberäume, die preisgünstig den Künstler*innen und Musiker*innen zur Verfügung gestellt werden.
- eine jährliche Ausstellung durch die Stadt, die eine große Auswahl an Werken von Künstler*innen präsentiert und entsprechendes Marketing dafür macht – Werbung, Website, Katalog usw.
- städtische Festivals, die vor allem eine Spielfläche für Krefelder Musiker*innen und auch für andere performative Künstler*innen und kleine Krefelder Theater bieten.

Umfassende Kulturförderung und -finanzierung ist gesellschaftliche Aufgabe und deshalb auch Kernaufgabe der Kommune. Sie verlangt die Bereitstellung von erheblich mehr Finanzmitteln. Dafür ist ein langfristiges kulturpolitisches Konzept erforderlich, das unter breiter öffentlicher Beteiligung entwickelt und festgelegt wird.

Tierschutz

Linke Kommunalpolitik kann das bestehende Tierschutzgesetz nicht ändern, aber wir können mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird.

Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert.

Für den Tierschutz in Krefeld fordern wir daher

- die Stärkung von Tierschutzorganisationen wie zum Beispiel NABU Krefeld-Viersen, Tierschutzverein Krefeld, Katzenschutzbund Krefeld, Stadttauben Krefeld und Pfotentisch Krefeld.
- dauerhafte Maßnahmen um die Lichtverschmutzung innerhalb der Kommune deutlich zu reduzieren, um damit Vögeln, Insekten, Pflanzen und letztlich auch den Bürger*innen wieder Zugang zu natürlichen Biorhythmen zu ermöglichen.
- das Verbot von Abbrennen von Silvesterfeuerwerk im Umkreis von Zoo und Tierheim sowie in Wohngebieten zum Schutz vor Bränden, Lärm und Emissionen (Feinstaub).
- das Ausweisen und die entsprechende Ausstattung geeigneter Flächen für Hundewiesen.
- eine kommunale Registrierungs- und Kastrationspflicht für Katzen.
- die Ausweitung der Finanzierung des Tierheims durch die Übernahme der real anfallenden Kosten
- keine Genehmigungen für Zirkusgastspiele mit Tieren inkl. Ponykarussels wie auf der Sprödeltalkirmes.
- die Erstellung eines Stadttaubenkonzeptes.
- keine Genehmigungen und Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen.

Impressum

Die Linke Kreisverband Krefeld
Bleichpfad 15 D
47799 Krefeld
info@die-linke-krefeld.de
www.die-linke-krefeld.de

V.i.S.d.P. Edith Bartelmus-Scholich, Kreissprecherin

Krefeld, Juni 2025